



Geschäftsbericht 2025

BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht des Vorstands	5
Bilanz zum 31. Dezember 2025	16
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2025	18
Anhang für das Geschäftsjahr 2025	20
Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates	28
Bestätigungsvermerk	30
Aussichten für 2026	34
Bericht des Aufsichtsrates	36

Lagebericht des Vorstands

Allgemeines

Entwicklung des Gesamtmarktes

Mit dem österreichischen Pensionskassengesetz wurde 1990 in Österreich eine Basis für die betriebliche Altersvorsorge geschaffen. Bei der Veranlagung haben Pensionskassen auf die langfristigen Interessen der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten Bedacht zu nehmen. Aspekte wie Sicherheit, Rentabilität sowie eine breite Diversifikation der Vermögenswerte bilden die Grundlage für jede Veranlagung. Darüber hinaus setzt die BONUS Gruppe auf Nachhaltigkeit und eine Anlagestrategie, die darauf abzielt, in negativen Marktphasen Wertrückgänge möglichst gering zu halten

und in Phasen steigender Märkte das Ertragspotenzial so weit wie möglich auszuschöpfen.

Im Jahr 2025 können die österreichischen Pensionskassen auf ein Plus von 4,88 Prozent verweisen. Auch die Langfristperformance der acht österreichischen Pensionskassen ist mit 5,02 Prozent klar besser als die von zahlreichen anderen Anlageformen.

Für rund 1,13 Mio. Kundinnen und Kunden verwalten die heimischen Pensionskassen aktuell ein Vermögen von 30,64 Mrd. Euro. (Quelle: Fachverband der Pensionskassen)

Entwicklung der Kapitalmärkte

Wirtschaftliches Umfeld

Trotz vielfältiger Herausforderungen, wie geopolitischen Spannungen, US-Zollerhöhungen und den darauffolgenden Handelsgesprächen, zeigten sich die Finanzmärkte im Jahr 2025 robust. Die Aktienmärkte konnten sich, nach signifikanten Rückgängen im April, wieder rasch erholen und performten das dritte Jahr in Folge deutlich positiv. Im Anleihenbereich entwickelten sich die Renditen von Staatsanleihen teils heterogen. Stark nachgefragt waren weiterhin Unternehmensanleihen. Am Währungsmarkt wurde vor allem im ersten Halbjahr eine ausgeprägte Schwäche des US-Dollar verzeichnet. Im Rohstoffsektor gab es markante Anstiege bei Gold und Silber.

Die globale Konjunktur zeigte im Verlauf des Jahres 2025 eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit gegenüber externen Schocks und politischen Risiken. Unternehmen reagierten flexibel auf veränderte Rahmenbedingungen und die Finanzierungskonditionen blieben weitgehend günstig. Laut Weltbank-Prognose belief sich das globale Wachstum im Gesamtjahr auf 2,7 Prozent – nur eine leichte Eintrübung im Vergleich zu 2024. Die US-Zölle fielen letztlich niedriger aus, als befürchtet und die meisten Handelspartner:innen verzichteten auf umfassende Gegenmaßnahmen, was sich stabilisierend auf das weltweite Konjunkturklima auswirkte.

In den USA blieb das Wachstum mit rund 2 Prozent auf solidem Niveau. Nach einem verhaltenen Start in das Jahr zogen die Konsumausgaben wieder an, wobei sich aber im Jahresverlauf eine gewisse Schwäche am Arbeitsmarkt und auch im Immobiliensektor zeigte. Die US-Notenbank Fed unterstützte die Wirtschaft ab September mit drei Zinssenkungen um insgesamt 75 Basispunkte. Der Zielkorridor für den Leitzins liegt nunmehr bei 3,50 bis 3,75 Prozent. Zudem wurden nach der Dezember-Sitzung auch wieder Ankäufe von kurzlaufenden Staatsanleihen angekündigt. Die Inflation lag zu Jahresende bei 2,7 Prozent, die Kerninflation mit 2,6 Prozent leicht darunter.

In der Eurozone hat sich aufgrund von verstärkten Infrastrukturinvestitionen und dem im Sommer geschlossenen Handelsabkommen mit den USA die konjunkturelle Lage zwar verbessert, eine richtige Aufbruchstimmung hat sich aber noch nicht eingestellt. Der nunmehr mit der Trump-Regierung vereinbarte Zollsatz von 15 Prozent auf EU-Produkte sorgt zwar für mehr Planungssicherheit, belastet aber die Exportwirtschaft. Die EZB hat im ersten Halbjahr insgesamt vier Zinssenkungen um je 25 Basispunkte vorgenommen, seitdem aber die Leitzinsen unverändert belassen. Der Einlagesatz der Banken liegt seit Juni bei 2,0 Prozent und der Hauptrefinanzierungszinssatz bei 2,15 Prozent.

Im Euroraum wurde im Gesamtjahr, gemäß Weltbank-Prognose, ein Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent verzeichnet. Die Inflationsrate belief sich zu Jahresende auf 1,9 Prozent, die Kerninflation lag etwas höher bei 2,3 Prozent.

China zeigte sich trotz des Handelskonflikts mit den USA und der anhaltenden Immobilienkrise mit einem Wirtschaftswachstum von 5 Prozent resilienter als von vielen Volkswirt:innen erwartet. Bei den Handelsbeziehungen mit den USA gab es zwar im Jahresverlauf spürbare Entspannungstendenzen, eine langfristig nachhaltige Vereinbarung ist aber nicht erzielt worden.

Die Rentenmärkte zeigten eine gemischte Entwicklung: Die Renditen von Euro-Staatsanleihen stiegen über das Jahr leicht an, besonders in Frankreich infolge politischer Turbulenzen. Wie schon im Vorjahr waren dagegen Staatsanleihen aus der Eurozone-Peripherie stark nachgefragt. Deutlich positiv performten auch Schwellenländer- und Unternehmensanleihen. Die Kreditrisikoaufschläge sind in Folge der angekündigten US-Zollerhöhungen zwar kurzzeitig signifikant angestiegen, gingen aber im weiteren Jahresverlauf sukzessive zurück.

Die Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen betrug am Jahresende 2,86 Prozent und stieg somit im Jahresverlauf um 49 Basispunkte an. Die Rendite von 10Y-US-Treasuries lag zum Jahresende bei 4,17 Prozent - 40 Basispunkte niedriger als Anfang 2025.

Die globalen Aktienmärkte performten, nach starken Kursrückgängen im Frühjahr in Folge der Ankündigung massiver US-Zollerhöhungen, im Gesamtjahr deutlich positiv. Vor allem US-Technologiewerte, Finanztitel sowie Industrie- und Rüstungsaktien waren stark gefragt. Regional waren für EUR-Investor:innen die Wertsteigerungen in Europa und in den Schwellenländern im Vergleich zu den USA und Japan überproportional. Neben der Entspannung in der Zollthematik war die positive Aktienmarktentwicklung auch auf weiterhin sehr robuste Unternehmensgewinne und die Hoffnung auf sukzessive Zinssenkungsschritte seitens der US-Notenbank zurückzuführen.

Im Rohstoffbereich hat Öl der Sorte Brent im Jahresverlauf um ca. 7 Prozent nachgegeben. Nach signifikanten Ausschlägen im Juni bewegte sich der Ölpreis in einer relativ engen Spanne, bevor er im vierten Quartal angesichts erhöhter Fördermengen wieder deutlich zurückging. Der Goldpreis ist, wie schon in den Vorjahren, getragen von hoher Nachfrage der Zentralbanken, stark angestiegen und markierte im Dezember ein Rekordhoch. Über das Gesamtjahr belief sich die Performance von Gold auf 65 Prozent. Noch fulminanter fiel der Kursanstieg bei Silber aus, das sogar um etwa 150 Prozent zulegen konnte.

Der US-Dollar ist auf Jahressicht um knapp 12 Prozent gefallen, zeigte sich gegenüber dem Euro im zweiten Halbjahr aber stabil, nachdem die Unsicherheiten um die US-Zollpolitik vorerst abklungen. In ähnlichem Ausmaß hat auch der japanische Yen vs. dem Euro abgewertet, wobei sich die Yen-Schwäche im 4. Quartal verstärkt hat. Während sich andere Schwellenländerwährungen stabil entwickelten, wertete die türkische Lira, wie schon in den letzten Jahren, wieder stark ab.

Entwicklung in Österreich

In Österreich stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP), laut den vorläufigen Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Statistik Austria, im Jahr 2025 um 0,6 Prozent. Die Inflation lag in Österreich Ende Dezember 2025 laut Statistik Austria bei 3,8 Prozent und über das Gesamtjahr bei 3,6 Prozent.

Veranlagungsstrategie und Performance der VRGn

Das durchschnittliche Veranlagungsergebnis der BONUS Pensionskasse belief sich im Jahr 2025 auf +5,46 Prozent (VJ: +7,52 Prozent). Im Vergleich zum Gesamtmarkt der überbetrieblichen Pensionskassen (+4,33 Prozent) konnte wieder eine überdurchschnittliche Wertentwicklung erzielt werden. Die Performance der einzelnen VRGn lag im Jahr 2025 zwischen +2,63 und +6,55 Prozent (VJ: zwischen +3,11 und +10,12 Prozent).

Die positive Wertentwicklung war sowohl auf erfreuliche Ergebnisse im Aktien- als auch im Anleihenbereich zurückzuführen. Zudem lieferte im Bereich der sonstigen Anlageklassen das Segment Rohstoffe einen signifikant positiven Performancebeitrag.

Aktien waren im Vergleich zu den strategischen Quoten im 2. Halbjahr übergewichtet, was sich positiv auswirkte. Im 1. Quartal wurde die zuvor ausgeprägte Beimischung des IT-Sektors, und damit auch das USA-Gewicht, reduziert. Dafür wurde ein stärkerer Fokus auf europäische Werte und auch Schwellenländer gelegt, wodurch vor allem im 4. Quartal von der Outperformance dieser Regionen profitiert werden konnte.

Im Anleihenbereich wurde die schon im Vorjahr gegenüber der strategischen Aufstellung bestandene Untergewichtung des Zinsänderungsrisikos im Laufe des Gesamtjahrs beibehalten. Deutlich positiv wirkte sich auch die Beimischung von Unternehmensanleihen aus.

Bei den sonstigen Anlageklassen wurde bei Rohstoffen ein hoher Wertzuwachs erzielt, was insbesondere auf die Beimischung von Gold auf währungsgesicherter Basis zurückzuführen war (ex Sicherheits-VRG, für die nicht in Rohstoffe investiert wird).

Nachhaltigkeit in der Veranlagung

Die BONUS Pensionskasse trägt als Verwalterin von Pensionsanwartschaften eine besondere Verantwortung und legt in der Veranlagung schon seit Aufnahme der operativen Tätigkeit großen Wert auf Transparenz und die Einhaltung von ökologischen, ethischen und sozialen Kriterien. Wir sehen hierbei nachhaltiges Investment als einen wichtigen gesellschaftspolitischen Beitrag. In den vergangenen Jahren haben wir unseren nachhaltigen Veranlagungsprozess konsequent weiterentwickelt. Seit dem Jahr 2018 ist die Nachhaltigkeitsstrategie nicht nur in ausgewählten VRGn, sondern in der Gesamtveranlagung der Pensionskasse integriert und trägt damit zur Verankerung des Nachhaltigkeitsgedankens in der Öffentlichkeit bei.

Die Kernelemente unserer Nachhaltigkeitsstrategie bilden Ausschluss- und Positivkriterien, die Klimastrategie, das ESG-Cockpit zur Integration nachhaltigkeitsbezogener Aspekte im Veranlagungsprozess und die Engagement- und Abstimmungsrichtlinie.

Seit dem Geschäftsjahr 2023 erfolgt die Berichterstattung der regelmäßigen Informationen zur Offenlegungs- und Taxonomieverordnung gem. Anhang IV der Delegierten Verordnung (EU) 2022/1288.

Klima- & ESG Reporting

Ein wesentlicher Aspekt im Nachhaltigkeitsbereich ist, den „ökologischen Fußabdruck“ möglichst eines jeden Investments zu kennen und darauf basierend Maßnahmen zu setzen, um die Nachhaltigkeitsausrichtung der Gesamtveranlagung sukzessive weiter zu verstärken.

Dies erfordert eine Analyse der Portfolien nach diversen Klima- und ESG-relevanten Kennzahlen. Die BONUS Pensionskasse hat diesbezüglich unter anderem folgende Kennzahlen zum Klima- & ESG Monitoring und Reporting festgelegt:

- Einhaltung der 10 UN Global Compact Prinzipien
- Ausschluss kontroverser Waffen
- Erhebung der CO₂-exponierten Vermögenswerte
- Messung des CO₂-Fußabdruckes
- Erhebung des Anteils an Produkten gem. Artikel 6, 8 und 9 der OffenlegungsVO

Der Anteil an CO₂-exponierten Vermögenswerten der VRGen wird im Rahmen der Risikosteuerung zur Einschätzung der Exponiertheit, in Bezug auf Transitionsrisiken, herangezogen und ist je VRG begrenzt. Der Portfolioanteil an CO₂-exponierten Vermögenswerten der einzelnen VRGen lag per 31.12.2025 zwischen 0,25 % und 5,62 %.

Die Überwachung der CO₂ - Emissionen erfolgt anhand der monatlich ermittelten Kennzahlen durch Ermittlung des CO₂-Fußabdrucks der Portfolien. Dies erlaubt es, die Entwicklung und den Erfolg der gesetzten Maßnahmen über die Zeit zu verfolgen.

Wir haben uns das Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen im Portfolio sukzessive zu verringern. Der CO₂-Fußabdruck des Aktienportfolios beträgt per 31.12.2025 71,6 t CO₂e pro investierter Million Euro, der Wert des Vergleichsindex* liegt bei 73,6 t CO₂.

**Bei diesem Vergleichsindex handelt es sich um eine Composite Benchmark, die sich aus 55 % MSCI World Net Return EUR, 25 % MSCI Europe NR LC, 20 % MSCI Emerging Markets NR EUR zusammensetzt.*

Montréal Carbon Pledge

Mit der Unterzeichnung des Montréal Carbon Pledge Abkommens am 10. Juli 2020 verpflichtet sich die BONUS Pensionskasse den CO₂-Fußabdruck der Investments zu messen, jährlich zu publizieren und damit einen Beitrag zur öffentlichen Wahrnehmung des CO₂-Ausstoßes zu leisten.

Signatory of:



UN Principles for Responsible Investment

Die BONUS ist seit 2019 Unterzeichnerin der Principles for Responsible Investment (PRI) der Vereinten Nationen. Seitens PRI erfolgt jährlich eine Überprüfung hinsichtlich des Erfüllungsgrads der PRI-Standards. Dieses Assessment umfasst hierbei mehrere Kategorien und Module.

Die Evaluierung durch PRI für das Jahr 2024 hat der BONUS neuerlich einen sehr hohen Nachhaltigkeitsstandard bescheinigt.

Signatory of:



Ethikbeirat

Der Ethikbeirat tagt zweimal im Jahr und bespricht dabei Themen, die auch für die BONUS Gruppe besonders relevant sind.

Bei der Sitzung Ende April referierte eine Expertin der WU - Wirtschaftsuniversität Wien - über die richtige Kommunikation von Nachhaltigkeit und hat im Anschluss mit den Anwesenden deren Sichtweisen und Themen diskutiert.

Nach der Übernahme der fair-finance Vorsorgekasse haben wir auch deren Kundenbeirat mit unserem Ethikbeirat «verschmolzen». Wir freuen uns deshalb sehr, dass beim Ethikbeirat seit dem Herbst 2025 nun weitere hochkarätige Personen teilnehmen. Bereits die Sitzung im Herbst fand in dieser erweiterten Runde statt.

Der Leiter des ehemaligen Kundenbeirats hielt dabei eine sehr interessante Keynote zum Thema „Ethik in der Finanzwirtschaft: Ein Spannungsfeld“, die zu einer für uns wichtigen Diskussion im Anschluss mit den anderen Mitgliedern des Ethikbeirates führte.

Unsere gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse

Die Gesellschaft wurde mit Notariatsakt vom 8. Oktober 1996 gegründet. Die Konzession zum Betrieb des Pensionskassengeschäftes für Anwartschafts- und Leistungsberechtigte mehrerer Arbeitgeber wurde am 23. Oktober 1996 (GZ 23 3728/1-V/14/96) erteilt.

Der Geschäftsplan wurde vom Bundesministerium für Finanzen mit Bescheid vom 23. Dezember 1996 (GZ 23 3728/5-V/14/96) genehmigt, und die Gesellschaft unter der Nummer FN 154331 h im Firmenbuch am 1. Februar 1997 eingetragen. Das operative Geschäft wurde im Laufe des Jahres 1997 aufgenommen.

Die BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft steht zu je 50 % im Eigentum der Generali Versicherung AG und der Zürich Versicherungs - Aktiengesellschaft.

Seit 2006 ist die BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft zu 100 % Eigentümerin der Concisa Vorsorgeberatung und Management AG.

Seit 2016 ist die BONUS Vorsorgekasse AG ebenfalls ein 100 %iges Tochterunternehmen der BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft.

Mit 12.06.2025 hat die BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft die fair-finance Vorsorgekasse gekauft. Diese wurde am 24.09.2025 mit der 100%igen Tochter BONUS Vorsorgekasse (rückwirkend mit 01.01.2025) verschmolzen. Mit der Übernahme der fair-finance Vorsorgekasse belegen wir, gemessen am verwalteten Vermögen, den dritten Platz am österreichischen Vorsorgekassenmarkt.

Die BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft ist Mitglied des Fachverbands der Pensions- und Vorsorgekassen und der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT).

Die Gesellschaft verfügt über keine Zweigniederlassungen und betreibt keine Forschung und Entwicklung.

Unser Geschäftsverlauf

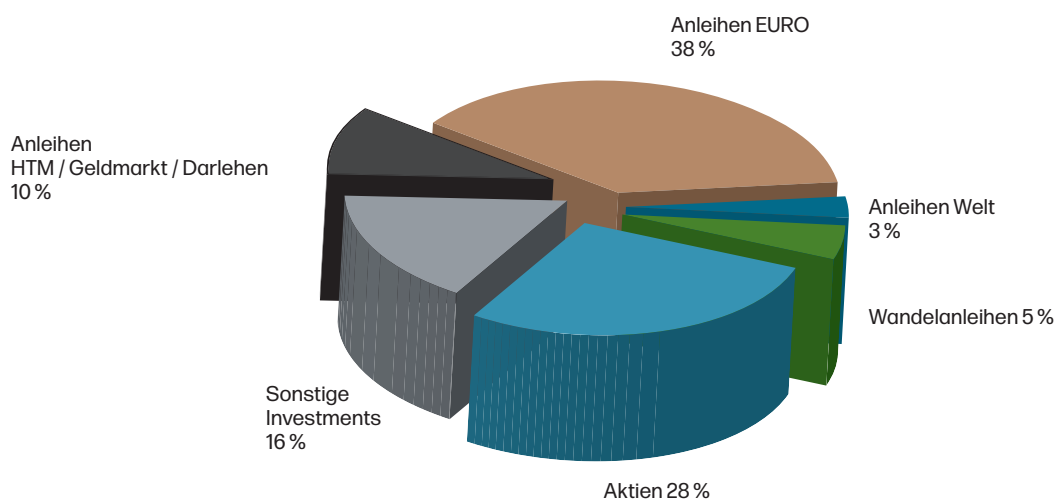
Im Geschäftsjahr 2025 wurden EUR 55,55 Millionen (VJ: EUR 54,55 Millionen) an laufenden Nettobeiträgen eingenommen. Die BONUS Pensionskasse verzeichnete zudem Einmalbeiträge und Übertragungen in der Höhe von EUR 6,83 Millionen (VJ: EUR 11,77 Millionen). Die in der GuV ausgewiesenen Leistungen in Höhe von EUR 69,85 Millionen (VJ: EUR 64,52 Millionen) beinhalten Übertragungen auf andere VRGn in Höhe von EUR 4,14 Millionen (VJ: EUR 3,15 Millionen).

An Berechtigte wurden Leistungen in Höhe von EUR 63,27 Millionen (VJ: EUR 59,78 Millionen), davon EUR 59,12 Millionen (VJ: EUR 55,19 Millionen) an laufenden Pensionen, ausbezahlt. Das Gesamtvermögen beträgt zum Bilanzstichtag EUR 1,95 Milliarden (VJ: EUR 1,85 Milliarden). Die Zahl der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten ist im abgelaufenen Geschäftsjahr von 59.783 auf 61.104 gestiegen.

Unsere Veranlagungs- und Risikogemeinschaften

Die technischen Rahmenbedingungen der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften (etwa Sterblichkeit und Invalidität) waren im abgelaufenen Jahr unauffällig. Am Beispiel der

volumensmäßig größten Veranlagungs- und Risikogemeinschaft, der VRG 36, setzt sich die strategische Asset Allokation wie folgt zusammen (vereinfachte Darstellung):



Erläuterung: Die vereinfachte Darstellung der SAA anhand der VRG 36, die in die OeKB-Kategorie „ausgewogen“ einzustufen ist, zeigt den Mittelwert der Verteilung der Assetklassen. Die Veranlagungs- und Risikogemeinschaften, die in die anderen OeKB-Kategorien einzuordnen sind, weisen

dementsprechend einen davon abweichenden niedrigeren Aktienanteil (Kategorie: defensiv, konservativ und die Sicherheits-VRG) bzw. höheren Aktienanteil (Kategorie: aktiv und dynamisch) auf. Der Anteil der Assetklasse Anleihen verhält sich dementsprechend gegenläufig.

Risikomanagement

Ziele des Risikomanagements

- Rechtzeitiges Erkennen von Risiken und Risikokonzentrationen, die den Fortbestand der BONUS, insbesondere die finanziellen Ressourcen, gefährden könnten.
- Systematische und strukturierte Risikoanalyse sowie Risikosteuerung zur Sicherung der Ansprüche der AWLB und der unternehmerischen Zukunft.
- Bewusstmachen von Risiken auf allen Hierarchieebenen und Risikosensibilisierung im Unternehmen durch entsprechende Dokumentation.
- Präventive und frühzeitige Implementierung von Maßnahmen zur Risikobegrenzung.
- Unmittelbare, zeitnahe und effektive Reaktion auf eingetretene Risiken auf Grund der im Vorhinein definierten Prozesse, Abläufe und Maßnahmen.
- Ein effizientes Risikomanagementsystem zur Optimierung und Steigerung der Transparenz interner Prozesse.
- „Bekennung zum Risiko“: Keine Chance ohne Risiko.
- Klare, offene Kommunikation und Information; Risikomanagement ohne Informationen über Risiken und Chancen ist nicht möglich.

Unternehmensweites Risikomanagement

Das unternehmensweite Risikomanagement legt seinen Fokus auf die unmittelbaren wirtschaftlichen Risiken der Aktiengesellschaft, sowie auf jene Risiken, welche den Fortbestand des Unternehmens gefährden können.

Die Hauptaufgabe des Risikomanagements besteht darin, Risiken frühzeitig zu erkennen, zu beurteilen, und fortlaufend zu überwachen. Dies soll die Anpassung des Unternehmens an sich verändernde Umfeldbedingungen sowie die Sicherung der Existenz gewährleisten. Dadurch werden der Unternehmensführung Handlungsspielräume eröffnet, die die Sicherung bestehender und den Aufbau neuer Erfolgspotentiale ermöglichen.

Ziel des Risikomanagements kann aber nicht sein, die Unternehmensrisiken vollständig zu beseitigen oder absolute Sicherheit durch eine restriktive Risikopolitik zu schaffen.

Diese Vorgehensweise würde das Wahrnehmen von Chancen nicht mehr zulassen und in letzter Konsequenz zur Einstellung der Unternehmenstätigkeit führen. Wirtschaften ist immer mit Risiken verbunden.

So fanden zur laufenden Risikoüberwachung auch im Jahr 2025 wieder Risk Talks mit allen Bereichen statt. Bereits bestehende Risiken wurden – eventuell neu – bewertet und neue Risiken aufgenommen. So wird unter anderem sichergestellt, dass das Risikobewusstsein bei allen Beteiligten geschärft bleibt.

Tourliche jährliche Abstimmungen im Bereich des Business Continuity Managements wurden durchgeführt, um auf einen möglichen Krisenfall bestmöglich vorbereitet zu sein.

Risikomanagement der Veranlagung

Die BONUS verfügt über ein Risikomanagementsystem, das die Risiken der Vermögensveranlagung fortlaufend erfasst, misst und steuert.

Auf folgende Risiken gehen wir besonders ein:

- Marktrisiken
- Zinsrisiken
- Kreditrisiken
- Liquiditätsrisiken
- operationelle und technologische Risiken sowie
- Risikokonzentrationen

Die Aufgaben und Pflichten des Risikomanagements werden aus dem PKG sowie der PK-RIMAV abgeleitet. Das interne Rahmenwerk für die Risikosteuerung in der Pensionskasse bilden die internen Leitlinien und die Risk Principles, in welchen die Risikosteuerung der strategischen Asset Allokation (SAA) sowie der taktischen Asset Allokation (TAA) definiert sind.

Die BONUS sieht in der engen Verzahnung von Asset- und Risikomanagement einen kritischen Erfolgsfaktor. Das Risikomanagement ist in der gesamten Wertschöpfungskette

des Investmentprozesses eingebunden. Ein klar definiertes Limitsystem gibt den Handlungsspielraum vor. Die Einhaltung der Limite wird hierbei täglich überwacht.

Die generelle Risikoausrichtung der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften ist bereits durch die SAA determiniert. Zudem erfolgen bei Erwartung bzw. Eintreten negativer Marktentwicklungen risikoreduzierende Maßnahmen seitens des Bereichs Asset Management – in der Regel, bevor Allokationen aufgrund von Limits, verändert werden müssen.

Die SAA wird bei der BONUS als bedeutsamste Anlageentscheidung betrachtet, da sie den maßgeblichsten Einfluss auf das langfristige Ertragspotential hat. Sie ist hierbei die langfristige Ausrichtung, deren Ertrags- und Risikoeigenschaften mit der aus der Liability Seite abgeleiteten Risikotragfähigkeit im Einklang steht.

Es wurde bei der Konzipierung der SAA angestrebt, dass in Marktphasen fallender Märkte das Verlustpotential möglichst geringgehalten und in Phasen steigender Märkte das Ertragspotential in hohem Ausmaß ausgeschöpft wird.

Die SAA wird einmal jährlich, bei Bedarf auch in einem kürzeren Intervall, auf ihre Vereinbarkeit mit der Risikotragfähigkeit überprüft. Im Rahmen dieses SAA-Reviews erfolgt ein Abgleich der Veranlagungsstruktur mit der „Passivseite“, den Bestandsdaten und den jeweiligen Liquiditätserfordernissen. Dieser Review wird seitens des Bereichs Risikomanagement in enger Zusammenarbeit mit den Bereichen Asset Management und Aktuariat durchgeführt. In der TAA spiegeln sich kurz- bis mittelfristige Markteinschätzungen wider. Die im Rahmen der SAA festgelegte Vermögensaufteilung wird dabei einerseits durch Über- bzw. Untergewichtung zur SAA, andererseits durch die Über- bzw. Untergewichtung von Sub-Assetklassen / Branchen / Ländern, den Einsatz von Off-Benchmark-Positionen sowie durch die Gewichtung von einzelnen Produkten, umgesetzt.

Die potenziellen Abweichungen zur SAA sind in Form von Abweichungsbändern definiert. Eine gänzliche Ausnutzung des Rahmens für die taktische Steuerung kann grundsätzlich nur

unter der Prämisse erfolgen, dass Risikoindikatoren-Limite nicht überschritten sind, bzw. durch taktische Maßnahmen auch nicht überschritten werden.

Die Aussteuerung der eingesetzten Anlageklassen und Investmentinstrumente beruht auf diskretionären Entscheidungen seitens des Bereichs Asset Management auf Basis einer fundierten Marktanalyse, wobei sowohl makroökonomische als auch charttechnische Faktoren Berücksichtigung finden.

Zusätzlich zu rein taktischen Entscheidungen können im Rahmen des Marktrisikomanagements risikoinduzierte Entscheidungen getroffen werden. Hierbei trifft in der Regel das Asset Management antizipativ bewusst risikoreduzierende Maßnahmen bei Erwartung bzw. Eintreten einer negativen Marktentwicklung.

Zudem werden bei Überschreitung definierter Risikolimits risikoreduzierende Maßnahmen gesetzt. Die Risikoindikatoren-Limite dienen als zusätzliches „Sicherheitsnetz“ für den Fall, dass die taktischen Maßnahmen nicht ausreichen, um die Aufrechterhaltung der Risikotragfähigkeit zu gewährleisten.

Das Risikomanagement überprüft laufend die Veranlagung auf Einhaltung der gesetzlichen (PKG-Grenzen) sowie der internen (TAA und Risiko-Schwellenwerte und - Limite) Vorschriften und misst die Performance-Entwicklung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden – wie schon in den Jahren zuvor – zum Monatsultimo Risikomanagement-Berichte zur Veranlagung ausgearbeitet und dem Vorstand, dem Asset-Management und dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht. Dabei werden die Asset Allokation, die Risikokennzahlen, wie Volatilität, Value at Risk, das Kreditrisiko, das Zinsänderungsrisiko sowie die Performance, analysiert und geprüft.

Biometrisches Risiko

Mit 31.12.2023 wurden für allgemeine VRGen und mit 31.12.2024 für betriebliche VRGen Unisex-Sterbetafeln für Anwartschaftsberechtigte und die Leistungsberechnung eingeführt. Damit ist eine geschlechtsneutrale Gestaltung des Leistungsrechtes gegeben („gleiche Pension bei gleichen Beiträgen“). Für Leistungsberechtigte erfolgte keine Änderung.

Durch die Verwendung von Unisex-Sterbetafeln wird die Gleichbehandlungs-Richtlinie der EU erfüllt (und für den Fall vorgesorgt, dass die derzeitige Ausnahmeregelung für Pensionskassen entfällt). Außerdem wurde Rechtssicherheit für (von „männlich“ und „weiblich“) abweichende Geschlechter geschaffen.

In allen Veranlagungs- und Risikogemeinschaften der BONUS wurden im Geschäftsjahr 2025 für die versicherungsmathematische Bearbeitung gültige und für den österreichischen Pensionskassenmarkt zulässige Sterbetafeln eingesetzt. Das versicherungstechnische Ergebnis der Anwartschaftsberechtigten ist, wie in den vergangenen Jahren auch, im Jahr 2025 unauffällig. Dies liegt einerseits daran, dass die Pensionskassenverträge großteils Verrentungsmodelle für das Risiko der Berufsunfähigkeit und des Todes vorsehen und andererseits Zusagen mit erhöhtem Berufsunfähigkeitsschutz entweder über eine Nachschussverpflichtung durch den Arbeitgebenden zu finanzieren oder rückversichert sind.

Finanzielle Annahmen (Rechnungszinse)

Der von der Finanzmarktaufsicht mit der „Rechnungsparameterverordnung“ (VO 262 vom 30. August 2019) maximal zulässige Rechnungszins in Höhe von 2,0 Prozent für nach dem 31. Dezember 2019 neu hinzukommende Anwartschaftsberechtigte und für Pensionskassenverträge, die nach dem 31. Dezember 2019 neu abgeschlossen werden, sowie der rechnungsmäßige Überschuss in Höhe von 4,0 Prozent, waren auch 2025 anzuwenden.

In der Sicherheits-VRG gemäß § 12a PKG liegt der höchstzulässige Rechnungszins unverändert bei 1,25 Prozent und der höchstzulässige rechnungsmäßige Überschuss bei 2,25 Prozent.

Rückversicherung

Die Rückversicherungsverträge sehen einen einheitlichen Selbstbehalt je VRG in Höhe von EUR 15.000,- je Risiko (Verträge mit Zürich und Generali) bzw. EUR 7.000,- je Risiko (Vertrag mit ERGO) vor.

Eine Änderung der Rückversicherungsstrategie bzw. des Selbstbehaltes ist weiterhin nicht erforderlich.

Risikoträger

Sämtliche vorhin beschriebenen Risiken werden grundsätzlich vom beitragsleistenden Arbeitgebenden („leistungsorientiert“) oder von den Anwartschafts- bzw. Leistungsberechtigten selbst („beitragsorientiert“) getragen. Das Risiko gemäß § 2 PKG (Mindestertrag) ist entsprechend der jeweiligen Pensionskassenvereinbarung entweder von der Pensionskasse, vom Arbeitgebenden oder von der anwartschafts- und leistungsberechtigten Person zu tragen. Bei der Pensionskasse sind diese Risiken durch die gesetzliche Mindestertragsrücklage gedeckt. Auf Basis der Kapitalmarktentwicklungen, und der damit verbundenen Veranlagungsergebnisse, im relevanten Beobachtungszeitraum waren für das Jahr 2025 keine Zuschüsse aus dem Mindestertrag zu leisten.

Eigenmittel

Gemäß § 7 Abs.1 PKG muss jede Pensionskasse im Interesse der Erhaltung ihrer Funktionsfähigkeit jederzeit ihrem Risiko entsprechende Eigenmittel halten. Diese haben jederzeit zumindest ein Prozent des in der Bilanz der Pensionskasse zum Bilanzstichtag ausgewiesenen Gesamtwertes der Deckungsrückstellung aller Veranlagungs- und Risikogemeinschaften, abzüglich der durch Versicherungen gemäß § 20 Abs. 1 PKG gedeckten Teile der Verpflichtung, zu betragen. Weiters hat die Pensionskasse zusätzlich zu den oben angeführten Eigenmitteln für die Erfüllung der Verpflichtungen aus der Sicherheits-VRG, Eigenmittel in Höhe von mindestens 3,3 Prozent des in der Bilanz ausgewiesenen Gesamtwertes der den Leistungsberechtigten der Sicherheits-VRG zugeordneten Deckungsrückstellung zu halten.

Zur Absicherung der Verpflichtungen aus dem Mindestvertrag ist eine Rücklage zu bilden, die drei Prozent zu betragen hat. Übersteigende Eigenmittel aus voranstehendem erstem Absatz können dieser Mindestvertragsrücklage angerechnet werden.

Die BONUS Pensionskasse verfügt zum Stichtag 31.12.2025 über anrechenbare Eigenmittel in Höhe von EUR 45,52 Millionen (VJ: 44,89 Millionen) und somit eine Überdeckung iHv EUR 14,22 Millionen (VJ:14,81 Millionen), dies entspricht prozentual einer Überdeckung von 45 % (VJ: 49 %).

Personal und Verwaltung

Der Betrieb der BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft erfolgt in Personalunion mit der BONUS Vorsorgekasse AG und der Concisa Vorsorgeberatung und Management AG.

Dieses gemeinsame Center of Competence der drei Gesellschaften beschäftigte im Jahr 2025 103,98 (VJ: 90,46) Vollzeitmitarbeiter:innen, wobei 28,63 (VJ: 25,57) davon auf

Compliance

Unter Compliance versteht man die Einhaltung von regulatorischen Vorgaben und internen Richtlinien. Die Compliance Agenden im Bereich Kapitalmarkt werden durch den Compliance Officer wahrgenommen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind keine Meldungen über Auffälligkeiten oder Verstöße beim Compliance Officer eingegangen.

Das jährliche Update zu Insiderwissen und Marktmissbrauch wurde per E-Learning bereitgestellt. Diese Schulung ist von allen Mitarbeiter:innen verpflichtend zu absolvieren.

Weiters sind von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Schulungen im Bereich Datenschutz und digitaler operativer Resilienz (DORA) zu absolvieren.

die BONUS Pensionskasse entfallen. Mit der synergetischen Einbindung in das Center of Competence verfügt die Gesellschaft über juristische, mathematische und konzeptionelle Spezialisten im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge, über eine flexible Verwaltungsapplikation und administrative Ressourcen, die eine bestmögliche Erfüllung der Anforderungen und Aufgaben gewährleisten.

Jahresergebnis und Bilanzgewinn

Das Jahresergebnis 2025 (vor Rücklagenbewegungen) beträgt EUR 8.137.886,39 (VJ: EUR 7.419.938,66). Nach dem Gewinnvortrag von EUR 5.713.315,38 (VJ: EUR 4.293.376,72) ergibt sich ein Bilanzgewinn von EUR 13.851.201,77

(VJ: EUR 11.713.315,38). Es wird vorgeschlagen, EUR 7.500.000,- auszuschütten und den Rest iHv EUR 6.351.201,77 auf neue Rechnung vorzutragen.



Dipl.-Ing. Georg Daurer
Vorstandsmitglied



Michael Scherhammer
Vorstandsmitglied

Wien, am 21. Mai 2026

Bilanz zum 31. Dezember 2025

AKTIVA in EUR	31.12.2025	31.12.2024
A. Anlagevermögen	79.226.354,00	68.416.840,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	34.499,00	69.290,00
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen	34.499,00	69.290,00
II. Sachanlagen	16.735,00	17.550,00
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.735,00	17.550,00
III. Finanzanlagen	79.175.120,00	68.330.000,00
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	60.331.000,00	22.840.000,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
3. Beteiligungen	0,00	0,00
4. Sonstige Darlehen und Kredite	0,00	0,00
5. Schuldverschreibungen	18.844.120,00	45.490.000,00
6. Aktien	0,00	0,00
7. Immobilien	0,00	0,00
8. Investmentfonds	0,00	0,00
9. Sonstige Finanzanlagen	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen	12.925.873,28	21.600.506,50
I. Forderungen	10.605.682,55	10.401.170,53
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
2. Sonstige Forderungen	10.605.682,55	10.401.170,53
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	<i>57.377,00</i>	<i>57.377,00</i>
II. Wertpapiere und Anteile	0,00	0,00
1. Schuldverschreibungen	0,00	0,00
2. Aktien	0,00	0,00
3. Investmentfonds	0,00	0,00
4. Sonstige Wertpapiere und Anteile	0,00	0,00
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.320.190,73	11.199.335,97
C. Rechnungsabgrenzungsposten	275.059,99	234.205,73
D. Aktive latente Steuern	6.118,69	3.188,95
E. Aktiva der Pensionskasse (Summe von A. bis D.)	92.433.405,96	90.254.741,18
F. Aktiva der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften		
I. Veranlagung Vermögen	1.945.706.436,15	1.849.958.605,43
1. Guthaben bei Kreditinstituten	85.299.651,05	54.104.522,99
2. Darlehen und Kredite	67.722.245,02	65.177.481,23
3. Schuldverschreibungen	668.427.474,76	673.534.853,69
4. Aktien und sonstige Beteiligungswertpapiere	626.288.476,91	598.014.319,56
5. Immobilien	123.875.166,84	108.089.380,23
6. Sonstige Vermögenswerte	374.093.421,57	351.038.047,73
II. Forderungen	2.858.077,72	3.045.049,49
III. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	3.787.264,59	3.421.717,41
IV. Sonstige Aktiva	0,00	0,00
Summe der Position F: Aktiva der VRG	1.952.351.778,46	1.856.425.372,33
GESAMTSUMME	2.044.785.184,42	1.946.680.113,51

PASSIVA in EUR	31.12.2025	31.12.2024
A. Eigenkapital	53.024.001,58	50.886.115,19
I. Grundkapital	5.087.098,39	5.087.098,39
II. Kapitalrücklagen	13.736.394,13	13.736.394,13
1. gebundene Kapitalrücklagen	2.180.185,03	2.180.185,03
2. nicht gebundene Kapitalrücklagen	11.556.209,10	11.556.209,10
III. Gewinnrücklagen	18.745.328,03	18.745.328,03
1. gesetzliche Rücklagen	317.633,65	317.633,65
2. freie Rücklagen	18.427.694,38	18.427.694,38
IV. Mindestertragsrücklage	1.603.979,26	1.603.979,26
V. Bilanzgewinn	13.851.201,77	11.713.315,38
<i>davon Gewinnvortrag</i>	<i>5.713.315,38</i>	<i>4.293.376,72</i>
B. Ergänzungskapital gemäß § 7 Abs. 4 PKG	0,00	0,00
C. Rückstellungen	27.717.846,26	26.898.568,32
I. Verwaltungskostenrückstellung	25.377.344,03	24.432.607,31
II. Garantierückstellung	0,00	0,00
III. Andere Rückstellungen	2.340.502,23	2.465.961,01
1. Rückstellungen für Abfertigungen	594.181,00	586.662,00
2. Steuerrückstellung	35.030,24	592.814,19
3. Sonstige Rückstellungen	1.711.290,99	1.286.484,82
D. Verbindlichkeiten	11.691.558,12	12.470.057,67
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.602,69	77.727,97
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	<i>14.602,69</i>	<i>77.727,97</i>
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	9.535.987,59	11.713.264,16
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	<i>35.987,59</i>	<i>213.264,16</i>
3. Sonstige Verbindlichkeiten	2.140.967,84	679.065,54
<i>davon aus Steuern</i>	<i>518.562,49</i>	<i>587.512,78</i>
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	<i>87.782,44</i>	<i>69.442,20</i>
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>	<i>2.140.967,84</i>	<i>679.065,54</i>
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
F. Passiva der Pensionskasse (Summe von A. bis E.)	92.433.405,96	90.254.741,18
G. Passiva der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften		
I. Deckungsrückstellung	1.875.264.166,52	1.784.761.043,61
1. Deckungsrückstellung mit Mindestertragsgarantie	519.197.748,37	510.563.656,75
a) Leistungsorientiert - mit Mindestertragsgarantie des Arbeitgebers	63.710.404,32	66.373.854,86
b) Leistungsorientiert - mit Mindestertragsgarantie der Pensionskasse	32.578.459,43	32.769.160,68
c) Sonstige - mit Mindestertragsgarantie des Arbeitgebers	1.123.296,82	1.226.646,61
d) Sonstige - mit Mindestertragsgarantie der Pensionskasse	421.785.587,80	410.193.994,60
2. Deckungsrückstellung ohne Mindestertragsgarantie	1.355.514.709,29	1.273.659.156,28
a) Leistungsorientiert - ohne Mindestertragsgarantie	49.273.771,80	45.746.948,53
b) Sonstige - ohne Mindestertragsgarantie	1.306.240.937,49	1.227.912.207,75
3. Deckungsrückstellung der Sicherheits-VRG	551.708,86	538.230,58
a) Sicherheits-VRG - Anwartschaftsberechtigte	0,00	0,00
b) Sicherheits-VRG - Leistungsberechtigte	551.708,86	538.230,58
II. Schwankungsrückstellung	72.298.842,12	66.987.878,09
III. Verbindlichkeiten	4.788.769,77	4.676.450,63
IV. Passive Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
V. Sonstige Passiva	0,00	0,00
Summe der Position G: Passiva der VRG	1.952.351.778,41	1.856.425.372,33
SUMME	2.044.785.184,37	1.946.680.113,51

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2025

in EUR	2025	2024
A. Ergebnis der Veranlagungsgemeinschaften		
I. Veranlagungserträge	100.401.907,65	128.000.240,71
II. Beiträge	66.521.861,41	69.469.646,61
III. Leistungen	-69.845.959,17	-64.524.082,90
IV. Veränderung der Deckungsrückstellung	-90.651.980,90	-95.682.743,07
V. Veränderung der Schwankungsrückstellung	-5.164.024,23	-36.748.315,32
VI. Sonstige Aufwendungen und Erträge	-1.261.804,77	-514.746,03
VII. Verbleibendes Ergebnis	0,00	0,00
B. Erträge und Aufwendungen der Pensionkasse		
I. Vergütung zur Deckung der Betriebsaufwendungen	6.211.205,52	6.067.911,71
II. Betriebsaufwendungen		
1. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-3.743.120,68	-3.274.273,00
b) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen	-51.147,22	-81.132,98
c) Aufwendungen für Altersvorsorge	-200.450,15	-189.663,15
d) Aufwendungen für Sozialabgaben, vom Entgelt abhängige Abgaben, Pflichtbeiträge	-802.796,77	-745.445,48
e) Sonstige Sozialaufwendungen	-35.844,09	-38.270,73
	-4.833.358,91	-4.328.785,34
2. Abschreibungen auf das Anlagevermögen	-57.434,55	-66.313,76
3. sonstige Betriebs-, Verwaltungs- und Vertriebsaufwendungen	-3.313.450,32	-3.359.533,23
	-8.204.243,78	-7.754.632,33
III. Veränderung der geschäftsplanmäßigen Verwaltungskostenrückstellung	-944.736,72	-944.939,56
IV. Finanzerträge		
1. aus Beteiligungen	7.950.000,00	6.600.000,00
2. aus Finanzanlagen und Zinserträge	446.004,55	760.219,32
3. aus dem Abgang von Finanzanlagen	4.979,29	7.575,00
4. aus Zuschreibungen zu Finanzanlagen	0,00	0,00
5. aus Immobilien	0,00	0,00
	8.400.983,84	7.367.794,32

in EUR	2025	2024
V. Finanzaufwendungen		
1. aus Beteiligungen	0,00	0,00
2. aus Finanzanlagen und Zinsenerträge	-1.179.298,86	-343.125,00
3. aus dem Abgang von Finanzanlagen	0,00	0,00
4. aus Abschreibungen von Finanzanlagen	0,00	0,00
5. aus Immobilien	0,00	0,00
	<u>-1.179.298,86</u>	<u>-343.125,00</u>
VI. Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen		
1. Sonstige betriebliche Erträge	3.918.210,03	3.329.945,78
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,00	0,00
	<u>3.918.210,03</u>	<u>3.329.945,78</u>
VII. Ergebnis vor Steuern	8.202.120,03	7.722.954,92
VIII. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-64.233,64	-303.016,26
IX. Ergebnis nach Steuern	8.137.886,39	7.419.938,66
X. Sonstige Steuern, soweit nicht unter den Posten 1 bis 7 enthalten	0,00	0,00
XI. Jahresüberschuss	8.137.886,39	7.419.938,66
XII. Veränderung von Rücklagen		
1. Auflösungen von Rücklagen	0,00	0,00
a) von Kapitalrücklagen	0,00	0,00
b) von Gewinnrücklagen	0,00	0,00
c) der Mindestertragsrücklage	0,00	0,00
2. Zuweisungen zu Rücklagen	0,00	0,00
a) zu Gewinnrücklage	0,00	0,00
b) zur Mindestertragsrücklage	0,00	0,00
XIII. Jahresgewinn	8.137.886,39	7.419.938,66
XIV. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	5.713.315,38	4.293.376,72
XV. Gewinn/Verlustübernahme	0,00	0,00
XVI. Bilanzgewinn	13.851.201,77	11.713.315,38

Anhang für das Geschäftsjahr 2025

Grundsätze

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2025 wurde nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung aufgestellt.

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Posten des Jahresabschlusses wurden nach den allgemeinen Bestimmungen der §§ 196 bis 211 UGB unter Berücksichtigung der Sondervorschriften für Kapitalgesell-

schaften der §§ 222 bis 235 UGB vorgenommen. Weiters wird in der Bewertung mit dem § 237 UGB von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht der Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) betreffend die Gliederung und Meldung der Formblätter für die Jahresabschlussdaten gemäß § 30 Abs. 4 und § 30a Abs. 1 des Pensionskassengesetzes.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die allgemeinen Grundsätze der Bewertung gemäß § 201 UGB wurden beachtet. Die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind gemäß § 203 UGB mit den Anschaffungskosten, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen, angesetzt. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Immaterielle Vermögensgegenstände

Datenverarbeitungsprogramme	2-5 Jahre
Büro- und Geschäftsausstattung	3-6 Jahre

Wertpapiere des Anlagevermögens werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, wenn Wertminderungen eingetreten sind, oder wenn der zum Abschlussstichtag beizulegende Wert niedriger ist als der Buchwert. Im Geschäftsjahr wurde eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von EUR 0,00 (VJ: EUR 0,00) auf Wertpapieren des Anlagevermögens vorgenommen.

Bei Wegfall des Abschreibungsgrundes gibt es eine Zuschreibungspflicht auf höchstens den Anschaffungswert bzw. bei festverzinslichen Wertpapieren auf den Nominalwert.

Die Gegenstände des Umlaufvermögens wurden gemäß § 206 UGB mit den Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Ein Abschreibungserfordernis gemäß § 207 UGB war nicht gegeben.

Gemäß § 211 UGB wurden Verbindlichkeiten mit ihren Rückzahlungsbeträgen und Rückstellungen nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung angesetzt.

Die geschäftsplanmäßige Rückstellung für die nach Pensionsbeginn anfallenden Verwaltungskosten wurde gemäß den Berechnungsvorschriften (Projected Unit Credit Method) des Geschäftsplanes ermittelt. Parameter sind Stückkosten von EUR 40,00 (VJ: EUR 40,00) und ein Zinssatz von 3,50 % (VJ: 3,50 %).

Die Vermögenswerte der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften sind gemäß § 23 PKG bewertet. Die Passiva der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften (Deckungs- und Schwankungsrückstellung) wurden aufgrund der vom versicherungsmathematischen Sachverständigen nach den Bestimmungen des PKG und den im Geschäftsplan festgelegten Grundsätzen, vorgegebenen Berechnungsgrundlagen und Berechnungsverfahren ermittelt.

Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des **Anlagevermögens** und die Aufgliederung der Jahresabschreibung sind in der Anlage 1 detailliert dargestellt.

Das **Umlaufvermögen** der Gesellschaft setzt sich aus den Bilanzpositionen „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ sowie „Kassenbestand, Schecks, Guthaben bei Banken“ zusammen.

Die **sonstigen Forderungen** in Höhe von EUR 10.605.682,55 (VJ: EUR 10.401.170,53) resultieren aus Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen mit der Concisa Vorsorgeberatung und Management AG, Wien und der Bonus Vorsorgekasse AG, Wien in Höhe von EUR 728.334,70 (VJ: EUR 2.373.875,81). Weiters sind phasenkongruente Ausschüttungen in Höhe von EUR 7.950.000,00 (VJ: 6.600.000,00) enthalten, sowie Forderungen an die Veranlagungs- und Risikogemeinschaften, Zinsenabgrenzungen, Kautionen und anderen sonstigen Forderungen.

Die Kautionen in Höhe von EUR 57.377,00 (VJ: EUR 57.377,00) haben eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Die übrigen sonstigen Forderungen haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Die Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten gemäß § 238 Abs 1 Z 1 UGB unterbleiben mangels Bestands an derivativen Finanzinstrumenten.

Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen betragen für das Geschäftsjahr 2026 EUR 43.399,92 (VJ: EUR 46.388,52) und für die Geschäftsjahre 2026 bis 2030 gesamt EUR 222.424,59 (VJ: EUR 237.741,17).

Unter der Position **Kassenbestand, Guthaben bei Banken** werden auf Euro lautende Bankguthaben bei inländischen Kreditinstituten in Höhe von EUR 2.320.190,73 (VJ: EUR 11.199.335,97) ausgewiesen.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** bestehen im Wesentlichen aus vorschüssig ausbezahlten Gehältern für Jänner 2026 und vorschüssig bezahlte Lizenzen und Datenanalysen im Zusammenhang mit der Veranlagung. Unter der Berücksichtigung von zeitlichen Differenzen aus der Mehr-Weniger-Rechnung in Höhe von EUR 26.603,00 und unter Berücksichtigung eines Körperschaftssteuersatzes von 23 % ergibt sich für das Jahr 2025 ein Ansatz einer **aktiven latenten Steuer** in Höhe von EUR 6.118,69 (VJ: EUR 3.188,95).

Das **Grundkapital** mit einem Nennwert von EUR 5.087.098,39 wird zu 50,00 % von der Zürich Versicherungs-AG, Wien, und zu 50,00 % von der Generali Versicherung AG, Wien, gehalten. Es ist zerlegt in 70.000 auf Namen lautenden Stückaktien.

In der gebundenen **Kapitalrücklage** wird das bei der Aktienausgabe erzielte Aufgeld ausgewiesen. Die nicht gebundenen Kapitalrücklagen in Höhe von EUR 11.556.209,10 (VJ: EUR 11.556.209,10) resultiert aus Gesellschafterzuschüssen über EUR 1.500.000,00 im Jahr 2004, durch die Verschmelzung der Generali Pensionskasse AG per 30.06.2015 mit EUR 7.041.353,99, durch die Beteiligung der Bonus Vorsorgekasse AG über EUR 3.000.000,00 und durch die Verschmelzung mit der Victoria Volksbanken Pensionskasse in Höhe von EUR 14.855,11.

Die **Rückstellungen für Abfertigungen** wurden nach folgender Methode und Rechnungsgrundlage ermittelt:

- Ansammlungsverfahren: laufendes Einmalprämienverfahren PUC
- Rechnungszinssatz: 3,95 % p.a. (VJ: 3,45 % p.a.)
- künftige Bezugserhöhungen: 3,00 % p.a. (VJ: 3,00 % p.a.)
- Pensionsantrittsalter: mehrheitlich 62 Jahre
- biometrische Grundlagen (Sterbetafeln): AVOE 2018P - Angestellte
- Ansammlungszeitraum: Eintritt bis zum rechnungsmäßigen Pensionsantrittsalter
- Fluktuationsannahmen: keine
- Methode der Ermittlung des Rechnungszinssatzes: Stichtagszinssatz
- Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste erfolgswirksam im Personalaufwand

Die **Steuerrückstellungen** beinhalten Rückstellungen für die Körperschaftssteuer in Höhe von EUR 35.030,24 (VJ: EUR 592.814,19).

Die **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von EUR 1.711.290,99 (VJ: EUR 1.286.484,82) ergeben sich im Wesentlichen aus Rückstellungen für Urlaube, Bonifikationen, Überstunden, Pensionen, Recht- und Prüfungskosten, Provisionen, IT-Kosten sowie für Nachhaltigkeits- und Geschäftsbericht.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen an inländische Lieferant:innen in Höhe von EUR 14.602,69 (VJ: EUR 77.727,97) und haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 9.535.987,59 (VJ: EUR 11.713.264,16) resultieren aus Verrechnungen und einem Darlehen mit der Zürich Versicherungs-AG, Wien und der Generali Versicherung AG, Wien, davon haben EUR 9.500.000,00 (VJ: EUR 11.500.000,00) eine Restlaufzeit von über 5 Jahren.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** in Höhe von EUR 2.140.967,84 (VJ: EUR 679.065,54) bestehen im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit sowie Verbindlichkeiten aus Steuern. Die sonstigen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

AKTIVA und PASSIVA der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften

Die **Vermögenswerte gemäß Formblatt A** (E.I und E.II) werden unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze des § 2 Abs. 1 PKG (Sicherheit, Rentabilität, Bedarf an flüssigen Mitteln sowie angemessene Mischung und Streuung) und der speziellen Veranlagungsvorschriften des § 25 PKG veranlagt.

Die **Forderungen der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften** betreffen ausstehende Beiträge für laufende Beitragsforderungen, Übertragungen, Nachschüsse von Arbeitgebern und Zinsabgrenzungen.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** beinhalten im Wesentlichen vorschüssig ausbezahlte Pensionsleistungen.

Die **Deckungsrückstellung** wird geschäftsplanmäßig nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und beträgt zum Bilanzstichtag EUR 1.875.264.166,52 (VJ: EUR 1.784.761.043,61).

Die **Schwankungsrückstellung** wird gemäß § 24(2) Zi2 lit. c PKG getrennt global für alle Anwartschafts- und Leistungsberechtigten geführt. In den VRGn 2, 9 und 35 - 39 wird die Schwankungsrückstellung individuell geführt.

Die **Verbindlichkeiten der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften** bestehen aus Verbindlichkeiten an die Aktiengesellschaft, Verbindlichkeiten gegenüber anderen Veranlagungs- und Risikogemeinschaften aus Übertragungen, Verbindlichkeiten gegenüber Arbeitgebenden, Verbindlichkeiten aus der Leistungsverrechnung und sonstigen Verbindlichkeiten.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die **Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen** in Höhe von EUR 6.211.205,52 (VJ: EUR 6.067.911,71) wurden aus den vorgeschriebenen Beiträgen gemäß den Bestimmungen der Pensionskassenverträge und dem Vermögen der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften entnommen.

Bei den **Gehältern** werden Veränderungen zu den Personalarückstellungen ausgewiesen.

Die **Betriebsaufwendungen** in Höhe von EUR 8.204.243,78 (VJ: EUR 7.754.632,33) bestehen hauptsächlich aus den Personalaufwendungen, den Abschreibungen von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen und den sonstigen Betriebs-, Verwaltungs- und Vertriebsaufwendungen wie z.B. Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwendungen, Leistungsverrechnungen, Wartungsaufwendungen, oder Miet- und Leasingaufwendungen.

Die in den Personalaufwendungen enthaltenen **Aufwendungen für Abfertigungen** betragen EUR 51.147,22 (VJ: EUR 81.132,98), davon wurden EUR 43.628,22 (VJ: EUR 40.561,52) für Beiträge an betriebliche Vorsorgekassen im Geschäftsjahr aufgewendet.

Die **Finanzerträge** in Höhe von insgesamt EUR 8.400.983,84 (VJ: EUR 7.367.794,32) resultieren aus Ausschüttungen der Tochtergesellschaften aus phasenkongruenten Ausschüttungen und Zinserträgen aus der Veranlagung von Eigenmitteln.

Die **Finanzaufwendungen** beinhalten den Zinsaufwand aus Darlehen.

Die **sonstigen Erträge** resultieren aus Weiterverrechnungen an die BONUS Vorsorgekasse AG, Wien, an die Concisa Vorsorgeberatung und Management AG, Wien, sowie aus sonstigen Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen und Rückversicherungsprovisionen.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** in Höhe von EUR 64.233,64 (VJ: EUR 303.016,26) setzen sich aus der im Geschäftsjahr anfallenden Körperschaftsteuer, Körperschaftssteuer aus Vorperioden und Körperschaftssteuer durch Steuerumlage zusammen.

Im Jahr 2025 gab es keine Zuführung zu **versteuerten Rücklagen** (VJ: EUR 0,00).

Eventualverbindlichkeit: Im Zuge des AbÄG 2024 entfällt der letzte Satz des § 6 Abs. 1 Z 28 UstG ab 1.1.2025 (sonstige Leistungen, die zwischen Unternehmen erbracht werden, die überwiegend steuerfreie Bank-, Versicherungs- oder Pensionskassenumsätze tätigen, waren bisher von der Umsatzsteuer befreit). Der EuGH prüft, ob diese Zwischenbankbefreiung eine staatliche Beihilfe darstellt, und wird über das Vorliegen einer verbotenen Beihilfe entscheiden. Sollte der EuGH erkennen, dass eine solche vorliegt, könnte dies zu einer Verbindlichkeit führen. Die Entscheidung ist noch offen. Das Risiko kann derzeit nicht abschließend geschätzt werden.

Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Die BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft steht zu 50 % im Eigentum der Zürich Versicherungs-Aktiengesellschaft, Wien, und zu 50 % im Eigentum der Generali Versicherung AG, Wien.

Die BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft hält einen Anteil von 100 % an der Concisa Vorsorgeberatung und Management AG, Wien, (letzter Jahresabschluss 2025, Eigenkapital TEUR 1.692, Jahresüberschuss

TEUR 721) und einen Anteil von 100 % an der BONUS Vorsorgekasse Aktiengesellschaft (letzter festgestellter Jahresabschluss 2025, Eigenkapital TEUR 45.713, Jahresüberschuss TEUR 11.796).

Die BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft ist laut § 221 UGB als kleine Kapitalgesellschaft einzuordnen.

Sonstige ergänzende Angaben

Im Geschäftsjahr 2025 waren durchschnittlich 43 (VJ: 43) Dienstnehmer:innen beschäftigt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit für die Gesellschaft im Jahr 2025 keine Bezüge.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates und des Vorstandes wurden weder Vorschüsse noch Kredite gewährt.

Steuerliche Verhältnisse

Die BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft (Gruppen-träger) hat mit der Concisa Vorsorgeberatung und Management AG, Wien, (Gruppenmitglied) nach § 9 Abs 8 KStG eine Gruppenbesteuerung.

ANLAGENSPIEGEL gemäß § 226 (1) UGB per 31.12.2025

In EUR	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten			
	Stand 01.01.2025	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2025
ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Konzessionen, Rechte	1.255.181,09	9.570,00	0,00	1.264.751,09
	1.255.181,09	9.570,00	0,00	1.264.751,09
II. Sachanlagen				
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	287.680,99	9.435,16	0,00	297.116,15
2. Geringwertige Vermögensgegenstände	0,00	2.823,39	2.823,39	0,00
	287.680,99	12.258,55	2.823,39	297.116,15
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	22.840.000,00	37.491.000,00	0,00	60.331.000,00
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	47.130.452,05	15.099.999,16	41.745.879,16	20.484.572,05
	69.970.452,05	52.590.999,16	41.745.879,16	80.815.572,05
	71.513.314,13	52.612.827,71	41.748.702,55	82.377.439,29

Stand 01.01.2025	kumulierte Abschreibungen			Stand 31.12.2025	Buchwert 31.12.2025	Buchwert 31.12.2024	Abschreibungen d. Geschäftsjahres
	Zugänge	Abgänge					
1.185.891,09	44.361,00	0,00	1.230.252,09	34.499,00	69.290,00	44.361,00	
1.185.891,09	44.361,00	0,00	1.230.252,09	34.499,00	69.290,00	44.361,00	
270.130,99	10.250,16	0,00	280.381,15	16.735,00	17.550,00	10.250,16	
0,00	2.823,39	2.823,39	0,00	0,00	0,00	2.823,39	
270.130,99	13.073,55	2.823,39	280.381,15	16.735,00	17.550,00	13.073,55	
0,00	0,00	0,00	0,00	60.331.000,00	22.840.000,00	0,00	
1.640.452,04	0,00	0,00	1.640.452,04	18.844.120,00	45.490.000,00	0,00	
1.640.452,04	0,00	0,00	1.640.452,04	79.175.120,00	68.330.000,00	0,00	
3.096.474,12	57.434,55	2.823,39	3.151.085,28	79.226.354,00	68.416.840,00	57.434,55	

Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Mitglieder des Vorstandes

Der Vorstand der Gesellschaft setzte sich im Geschäftsjahr 2025 wie folgt zusammen:

DI Georg Daurer	Mitglied des Vorstandes
Michael Scherhammer	Mitglied des Vorstandes

Mitglieder des Aufsichtsrates

Vertreter:innen des Grundkapitals

Mag. ^a Silvia Emrich (Vorsitzende)	Konsulentin der Zürich Versicherungs-Aktiengesellschaft
Mag. Klaus Wallner (stv. Vorsitzender)	CFO und Mitglied des Vorstandes der Generali Versicherung AG
Mag. ^a Annelies Mantler-Kala (Mitglied)	Gruppenleiterin Capital, Treasury und Payment Accounting der Generali Versicherung AG
Axel Sima (Mitglied)	CIO und Mitglied des Vorstandes der Generali Versicherung AG
Dr. Jochen Zöschg (Mitglied bis 18.03.2025)	damals Mitglied des Vorstandes der Zürich Versicherungs-Aktiengesellschaft
René Unger (Mitglied ab 17.06.2025)	CFO und Mitglied des Vorstandes der Zürich Versicherungs-Aktiengesellschaft <i>(ab 01.01.2026 CEO und Vorsitzender des Vorstandes der Zürich Versicherungs-Aktiengesellschaft)</i>
Dr. Claudio Passardi (Mitglied)	CIO der Zürich Versicherungs-Aktiengesellschaft <i>(ab 01.01.2026 CFO und Mitglied des Vorstandes der Zürich Versicherungs-Aktiengesellschaft)</i>

Vertreter:innen der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten

Vertreter der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten gem. § 27 Abs. 1 PKG

Konstantin Latsunas
Oliver Karle
Ing. Walter Braunsteiner
Eduard Hammerl
Manfred Wolf (Ersatzmitglied)

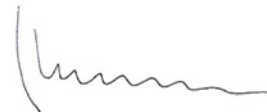
Arbeitnehmervertreterin gem. 110 ArbVG iVm. § 27 Abs

Mag.^a Cornelia Dankl

Arbeitnehmervertreterin, Betriebsrätin der BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft



Dipl.-Ing. Georg Daurer
Vorstandsmitglied



Michael Scherhammer
Vorstandsmitglied

Wien, am 21. Mai 2026

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss der

**BONUS Pensionskassen Aktiengesellschaft,
Wien,**

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2025 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen für Pensionskassen.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum des Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen für Pensionskassen ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Abschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Abschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von den für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.

- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Abschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Abschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Abschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in den internen Kontrollen, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen für Pensionskassen.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld haben wir keine wesentlichen fehlerhaften Angaben im Lagebericht festgestellt.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Abschlussprüfung auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Karl Prossinger.

Wien
21. Mai 2026

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Mag. Karl Prossinger
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

Aussichten für 2026

Kapitalmarktaussicht

Für das Jahr 2026 standen zu Jahresbeginn die Chancen für eine Fortsetzung des moderaten globalen Wirtschaftswachstums grundsätzlich gut, jedoch hat sich der Ende Februar eskalierende Konflikt zwischen den USA/Israel und dem Iran zu einem zentralen Risikofaktor entwickelt. Die damit verbundene Unsicherheit hinsichtlich der Stabilität im Nahen Osten belastet die Entwicklung der Weltwirtschaft und der internationalen Finanzmärkte erheblich.

Der Krieg in der Golfregion hat vor allem unmittelbare Auswirkungen auf die globalen Energiemärkte. Insbesondere die Schließung der für die weltweiten Öltransporte bedeutsamen Straße von Hormus hat bereits zu einer deutlich erhöhten Risikoprämie bei den Ölpreisen geführt. Im Falle weiterer Eskalationen sind neuerliche, sprunghafte Anstiege der Energiepreise nicht auszuschließen. Jedenfalls haben sich die Inflationserwartungen bereits erheblich erhöht und die vor dem Krieg allgemein erhofften US-Zinssenkungsschritte wurden de facto vollständig ausgepreist.

In der Eurozone rechnen Marktteilnehmer:innen angesichts der Inflationsgefahren sogar bereits mit zwei bis drei Zinserhöhungen im heurigen Jahr. Die Europäische Zentralbank steht hierbei vor der Herausforderung, die Geldpolitik so auszugestalten, dass zwar die Inflation in Zaum gehalten wird, gleichzeitig aber die Konjunktur nicht zusätzlich gefährdet wird.

In den USA dürfte die Wirtschaft angesichts eines schwächelnden Arbeitsmarktes unter zunehmender Zurückhaltung bei Konsumausgaben leiden. Eine expansive Fiskalpolitik im Vorfeld der Mid Term Elections werden dem zwar

womöglich in gewisser Weise entgegenwirken, steigende Energiekosten könnten die Kaufkraft der privaten Haushalte jedoch zusätzlich belasten. In Europa dürfte sich die Wirtschaft moderat positiv entwickeln, sofern die Energieversorgung nicht durch eine Verschärfung der Lage im Nahen Osten nachhaltig beeinträchtigt wird. Für energieintensive Sektoren der europäischen Wirtschaft stellen die geopolitisch bedingten Energiepreisrisiken einen besonders relevanten Belastungsfaktor dar.

Hinsichtlich der Unternehmensgewinne ist zu erwarten, dass sich diese im Durchschnitt weiter tendenziell positiv entwickeln, wobei die Investitionsausgaben in künstliche Intelligenz ein Wachstumstreiber bleiben dürften. Gleichwohl könnten steigende Energie- und Inputkosten, insbesondere in rohstoffabhängigen und produzierenden Branchen, die Gewinnspannen belasten.

An den Rentenmärkten ist mit steigenden Renditen, vor allem bei längeren Laufzeiten, zu rechnen. Geopolitisch bedingte Inflationsrisiken könnten diesen Trend zusätzlich verstärken.

An den Aktienmärkten ist – primär aufgrund der erhöhten geopolitischen Unsicherheiten und der damit verbundenen Energiepreisvolatilität – mit erhöhten Schwankungen zu rechnen. Trotz des Rückenwinds durch robuste Unternehmensgewinne ist nach drei positiven Aktienjahren angesichts der Bewertungen in einigen Sektoren jedenfalls erhöhte Vorsicht geboten.

Zusammenfassend dürfte sich das Marktumfeld auch 2026 wieder äußerst herausfordernd gestalten.

Geplante Schwerpunkte im Bereich der nachhaltigen Veranlagung

Im Bereich der nachhaltigen Veranlagung stehen wir weiterhin vor der anspruchsvollen Aufgabe, unseren Nachhaltigkeitsstandard mit den Anforderungen an eine stabile und solide Performance in Einklang zu bringen. Unser Ziel bleibt es, den Treuhandanspruch für unsere Anspruchs- und Leistungsberechtigten bestmöglich zu erfüllen und dabei das erreichte Nachhaltigkeitsniveau zu sichern.

Zu diesem Zweck werden 2026 folgende Nachhaltigkeits-schwerpunkte gesetzt:

- zukunftsorientierte Prüfung unserer Nachhaltigkeitsstrategie
- Teilnahme am PRI-Assessment für das Jahr 2025
- Verstärkung unseres Engagements durch zielgerichtete und kritische Anfragen auf Grundlage des bei BONUS implementierten Nachhaltigkeits-Monitorings
- Weitere Investments im Bereich erneuerbarer Energie und Infrastruktur

Serviceleistungen


Auch das Jahr 2026 steht im Zeichen des Ausbaus der Digitalisierung und der Automatisierung. Der Ausbau der digitalen Geschäftsfallbearbeitung im laufenden Verwaltungsbetrieb und der damit verbundenen Anzeige des jeweiligen Bearbeitungsstatus im Verwaltungsprogramm, stellen einen wesentlichen Schwerpunkt dar. Rasche Bearbeitung, Transparenz in jedem Bearbeitungsstadium und eine gute digitale Dokumentation für Information und Auskunft wollen wir in diesem Zusammenhang erwähnen. Auch das Kundenportal bleibt unverändert in unserem Fokus. Durch gezielte Kontaktaufnahme wollen wir auch im Jahr 2026 wieder versuchen die Anzahl der Portaluser weiter zu erhöhen.

Wir werden die Qualitätspartnerschaften mit unseren Kund:innen und Partner:innen weiter ausbauen und vertiefen. Dies wird durch die personelle Aufstockung im Bereich Vertrieb und Marketing sichergestellt. Unsere Serviceleistungen weiterzuentwickeln ist eines der erklärten Ziele.

In diesem Sinne freuen wir uns auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit.



Dipl.-Ing. Georg Daurer
Vorstandsmitglied



Michael Scherhammer
Vorstandsmitglied

Wien, am 21. Mai 2026

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres die ihm obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Ihm wurde regelmäßig vom Vorstand über die Geschäftslage sowie über bedeutsame Geschäftsvorfälle berichtet.

Der Jahresabschluss sowie der Lagebericht wurden von der KPMG Austria GmbH, Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien, geprüft. Der Abschlussprüfer bestätigt, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und ein getreues Bild der Lage der Gesellschaft vermitteln. Nach dem

abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat gemäß § 96 AktG vorgenommenen Prüfungen des Jahresabschlusses einschließlich des Ergebnisverwendungsvorschlages, des Lageberichts und der Geschäftsführung ist kein Anlass zur Beanstandung gegeben.

Der Aufsichtsrat schließt sich dem Ergebnis der Abschlussprüfung an und billigt den Jahresabschluss und den Lagebericht über das Geschäftsjahr 2025. Der vorgelegte Jahresabschluss ist damit gemäß § 125 Abs. 2 AktG festgestellt.

Mag.^a Silvia Emrich
Vorsitzende des Aufsichtsrates

Wien, im Mai 2026



Traungasse 14-16
1030 Wien
Tel.: +43 1 516 02 - 0
pensionskasse@bonusvorsorge.at
www.bonusvorsorge.at